



Beschlusskammer 7

Az.: BK7-23-135

Stand 22.11.2023

Beschlusskammer 7 – Hinweispapier

Antragserstellung in Zertifizierungsverfahren von Betreibern von Gasspeicheranlagen

Die Aufgabe der Zertifizierung von Betreibern von Gasspeicheranlagen wird in Art. 3a der Verordnung (EU) 2022/1032 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2022 im Rahmen der Änderung der VO (EG) Nr. 715/2009 (EU-Fernleitungs-VO) sowie durch die Einführung des § 4e in das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) geregelt.

Die EU-Fernleitungs-VO regelt den grundlegenden prozessualen Verfahrensablauf, zugrundeliegende Verfahrensfristen und inhaltliche Prüfschwerpunkte der Zertifizierung. Die europäischen Vorgaben des Art. 3a der EU-Fernleitungs-VO sind rechtlich uneingeschränkt bindend und demzufolge 1:1 umzusetzen. § 4e EnWG normiert weitergehende Konkretisierungen hinsichtlich des nationalen prozessualen Verfahrensablaufs. Verantwortlich für das Zertifizierungsverfahren ist die Bundesnetzagentur unter Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.

Das vorliegende Hinweispapier zum Zertifizierungsverfahren wurde erstellt, um den betroffenen Betreibern von Gasspeicheranlagen eine bestmögliche Vorbereitung des Zertifizierungsprozesses zu ermöglichen und hierdurch zugleich eine einheitliche Entscheidungspraxis sowie einen reibungslosen Verfahrensablauf sicherzustellen.

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.

Das Hinweispapier enthält dabei sowohl das Rechtsverständnis zu einzelnen Zertifizierungsregelungen, Informationen zu prozessualen und operativen Verfahrensfragen als auch eine Aufzählung der jeweils durch den Betreiber einer Gasspeicheranlage mindestens vorzulegenden Unterlagen (siehe Anlage 1).

Inhaltsverzeichnis

1.	Verfahren der Zertifizierung.....	5
1.1	Adressat gem. § 4e Abs. 1 S. 1 EnWG sowie Art. 3a Abs. 1 UAbs. 1 EU-Fernleitungs-VO	5
1.2	Verfahrenseinleitung gem. § 4e Abs. 1 S. 1 EnWG bzw. Art. 3a Abs. 10 EU-Fernleitungs-VO	7
1.3	Erforderliche Unterlagen gem. § 4e Abs. 2 ff. EnWG.....	7
2.	Prozessuale und operative Verfahrensfragen	10
2.1	Zeitliche Zweistufigkeit: Regelverfahren und beschleunigtes Verfahren, gem. Art. 3a Abs. 2 EU-Fernleitungs-VO.....	10
2.2	Aufteilung der Zuständigkeiten, gem. § 4e Abs. 2 und 3 EnWG	11
2.3	Grundlegende Verfahrensschritte, gem. § 4e EnWG Abs. 2 und 3 und Art. 3a Abs. 3 und 4 EU-Fernleitungs-VO.....	13
2.3.1	Einleitung Zertifizierungsverfahren	13
2.3.2	Prüfung Zertifizierungsvoraussetzungen (§ 4e Abs. 2 und 3 EnWG; Art. 3a Abs. 3 und 4 EU-Fernleitungs-VO).....	13
2.3.2.1	Eigentums-, Liefer- oder sonstige Geschäftsbeziehungen	14
2.3.2.2	Rechte und Pflichten der Union/Mitgliedstaat gegenüber Drittstaaten	14
2.3.2.3	Besondere Gegebenheiten und Umstände im Einzelfall	15
2.3.2.4	Wesentliche Sicherheitsinteressen eines Mitgliedsstaats oder der Union.....	15
2.3.3	Nachweise über das Vorliegen der Zertifizierungsvoraussetzungen	16
2.3.4	Erstellung des Entscheidungsentwurfes	16
2.3.4.1	Zertifizierung	16
2.3.4.2	Zertifizierung unter Bedingungen	17
2.3.5	Beteiligung Europäische Kommission, gem. Art. 3a Abs. 1 UAbs. 1 EU-Fernleitungs-VO und Erstellung finaler Zertifizierungsentscheidung	17
2.3.6	Veröffentlichung.....	18
3.	Erstzertifizierung neu gebauter Gasspeicheranlagen sowie Neubewertung einer Zertifizierungsentscheidung	18
3.1	Inbetriebnahme neu gebauter Gasspeicheranlagen	18

3.2 Neubewertung einer Zertifizierungsentscheidung	19
Anlage 1: Einzureichende Unterlagen	21
Anlage 2: Art. 3a EU-Fernleitungs-VO.....	25
Anlage 3: § 4e EnWG.....	29

1. Verfahren der Zertifizierung

1.1 Adressat gem. § 4e Abs. 1 S. 1 EnWG sowie Art. 3a Abs. 1 UAbs. 1 EU-Fernleitungs-VO

„Das Verfahren zur Zertifizierung des Betreibers einer Gasspeicheranlage [...] beginnt auf schriftlichen Antrag des Betreibers einer Gasspeicheranlage bei der Bundesnetzagentur oder wird von der Bundesnetzagentur von Amts wegen eingeleitet.“ (§ 4e Abs. 1 S. 1 EnWG)

„Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass jeder Speicheranlagenbetreiber, einschließlich jedes Speicheranlagenbetreibers, der von einem Fernleitungsnetzbetreiber kontrolliert wird, entweder von der nationalen Regulierungsbehörde oder einer anderen vom betreffenden Mitgliedstaat gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates benannten zuständigen Behörde (im Folgenden „Bescheinigungsbehörde“) nach dem in diesem Artikel festgelegten Verfahren zertifiziert wird.“ (Art. 3a Abs. 1 UAbs. 1 EU-Fernleitungs-VO)

Adressaten des § 4e Abs. 1 S. 1 EnWG sind Betreiber von unterirdischen Gasspeicheranlagen. Betreiber einer Gasspeicheranlage ist eine natürliche oder juristische Person, die die Funktion der Speicherung wahrnimmt und für den Betrieb einer Gasspeicheranlage verantwortlich ist (Art. 2 Nr. 10 RL 2009/73/EG). Maßgeblich sind dabei also nicht die Eigentumsverhältnisse an der Gasspeicheranlage, sondern wer den bestimmenden bzw. maßgeblichen Einfluss auf den Betrieb der Anlage ausübt sowie über die Fähigkeit verfügt, direkt Ein- und Ausspeichervorgänge zu veranlassen und damit die Verwaltung des Speichersystems regelmäßig übernimmt (vgl. Art. 3a Abs. 4 S. 3 EU-Fernleitungs-VO). Der Betrieb einer Gasspeicheranlage setzt insbesondere die operative und strategische Steuerung einer Gasspeicheranlage voraus. Dies umfasst u.a. die Verpflichtungen nach § 11 EnWG und nach Art. 15 ff. EU-Fernleitungs-VO, wonach der Erdgasspeicher beispielsweise zuverlässig und diskriminierungsfrei zu betreiben und die Sicherheit der für den Betrieb notwendigen Telekommunikations- und elektronischen Datenverarbeitungssysteme zu gewährleisten ist. Dabei stellt im Speziellen die eigenständige Vermarktung von Speicherkapazitäten ein wichtiges Indiz für die Stellung als Betreiber einer Gasspeicheranlage dar (Listung bei AGSI+ und/oder eigenes Buchungsportal). Nicht erforderlich ist dagegen, dass der Betreiber einer Gasspeicheranlage auch die technische Betriebsführung innehat.

Die Verantwortung für den Betrieb kann auch mehreren Personen pro Gasspeicheranlage zustehen. Dies ergibt sich auch aus Art. 3a Abs. 2 S. 1 EU-Fernleitungs-VO, in welchem auch eine mögliche Mehrzahl von Betreibern innerhalb einer Gasspeicheranlage vorgesehen wird. Dies ist etwa der Fall, wenn eine Gasspeicheranlage im Bruchteilseigentum steht oder mehreren Personen Nutzungsrechte an einer Gasspeicheranlage zustehen. Es muss dabei auch keine abwechselnde alleinige Nutzung der Gasspeicheranlage, im Sinne einer alleinigen operativen und strategischen Steuerung, durch den Betreiber erfolgen, eine parallele Nutzungsberechtigung ist möglich (vgl. die Regeln zum Miteigentum bzw. zur Gemeinschaft nach Bruchteilen, § 1008 BGB i.V.m. §§ 743 Abs. 2, 745 BGB). Entsprechendes gilt für andere vertragliche Regelungen, welche die selbstständige Nutzung der Gasspeicheranlage regeln. Insofern ist es maßgeblich, dass die als Betreiber einer Gasspeicheranlage zu zertifizierende Person eine eigenständige Entscheidungsbefugnis im Hinblick auf den Betrieb der Gasspeicheranlage hat.

Umfasst sind in Deutschland belegene unterirdische Gasspeicheranlagen, die mindestens einen Einspeisepunkt an das deutsche Fernleitungsnetz haben (vgl. Gesetzesbegründung zu § 4e Abs. 1 EnWG), es sei denn bilaterale nationale Abkommen regeln eine anderslautende Regulierungszuständigkeit. Zudem muss es sich um unterirdische Speicheranlagen handeln (vgl. Art. 3a Abs. 2 und 3 EU-Fernleitungs-VO). Davon umfasst sind nach dem aktuellen Stand der Technik Poren- und Kavernenspeicher.

„Dieser Artikel gilt auch für Speicheranlagenbetreiber, die von Fernleitungsnetzbetreibern kontrolliert werden, die bereits nach den in den Artikeln 9, 10 und 11 der Richtlinie 2009/73/EG genannten Entflechtungsvorschriften zertifiziert sind.“ (Art. 3a Abs. 1 UAbs. 2 EU-Fernleitungs-VO)

Eine entflechtungsrechtliche Zertifizierung eines den Betreiber einer Gasspeicheranlage kontrollierenden Fernleitungsnetzbetreibers hat keine Auswirkungen auf das Zertifizierungserfordernis des Betreibers einer Gasspeicheranlage aus Art. 3a EU-Fernleitungs-VO.

„Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass jeder Speicheranlagenbetreiber (...) nach dem in diesem Artikel festgelegten Verfahren zertifiziert wird.“ (Art. 3a Abs. 1 UAbs. 1 EU-Fernleitungs-VO)

Die unmittelbar anwendbare Verordnung (Art. 288 AEUV) beschreibt selbst nicht den Modus der Verfahrenseinleitung, sondern stellt nur darauf ab, dass die Mitgliedsstaaten die Zertifizierung der Betreiber einer Gasspeicheranlage in ihrer Zuständigkeit durch die benannte zuständige Behörde sicherstellen.

1.2 Verfahrenseinleitung gem. § 4e Abs. 1 S. 1 EnWG bzw. Art. 3a Abs. 10 EU-Fernleitungs-VO

„Das Verfahren zur Zertifizierung des Betreibers einer Gasspeicheranlage [...] beginnt auf schriftlichen Antrag des Betreibers einer Gasspeicheranlage bei der Bundesnetzagentur oder wird von der Bundesnetzagentur von Amts wegen eingeleitet.“ (§ 4e Abs. 1 S. 1 EnWG)

Im Regelfall soll das Zertifizierungsverfahren auf Antrag des Betreibers eingeleitet werden, da für eine umfassende Prüfung entsprechende Unterlagen zusammenzustellen und einzureichen sind, siehe Abschnitt 1.3. Ebenso kann eine Verfahrenseinleitung von der Bundesnetzagentur von Amts wegen vorgenommen werden.

Nach erteilter Zertifizierungsentscheidung kann die Bundesnetzagentur zur Überwachung der Zertifizierungsanforderungen auf Grund einer Mitteilung eines Betreibers einer Gasspeicheranlage (gemäß den Abs. 9 und 10 des Art. 3a EU-Fernleitungs-VO), aus eigener Initiative oder insbesondere auch auf begründetes Ersuchen der Europäischen Kommission hin ein Zertifizierungsverfahren einleiten, weitere Ausführungen siehe hierzu Abschnitt 3.2 sowie Art. 3a Abs. 9 und 10 EU-Fernleitungs-VO.

1.3 Erforderliche Unterlagen gem. § 4e Abs. 2 ff. EnWG

„Mit dem Antrag auf Zertifizierung hat der Betreiber der Gasspeicheranlage die für die Durchführung des Zertifizierungsverfahrens erforderlichen Unterlagen der Bundesnetzagentur elektronisch zur Verfügung zu stellen. Im Falle der Verfahrenseinleitung von Amts wegen hat der Betreiber der Gasspeicheranlage die Unterlagen nach Satz 2 auf Verlangen der Bundesnetzagentur elektronisch zur Verfügung zu stellen. Die nach Satz 2 oder 3 zur Verfügung zu stellenden Unterlagen hat die Bundesnetzagentur dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz elektronisch zur Verfügung zu stellen, soweit diese für die Prüfung nach Artikel 3a

Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 erforderlich sind. Auf Verlangen der Bundesnetzagentur oder des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sind die nach Satz 2, 3 oder 4 elektronisch zur Verfügung zu stellenden Unterlagen zusätzlich auch schriftlich zu übermitteln.“ (§ 4e Abs. 1 Satz 2 ff. EnWG)

§ 4e Abs. 1 Satz 2 ff. EnWG regelt, dass grundsätzlich solche Unterlagen einzureichen sind, welche für die Durchführung des Zertifizierungsverfahren erforderlich sind. Die Auswahl und der Umfang der einzureichenden Unterlagen folgt im Einzelnen aus dem Sinn und Zweck des Zertifizierungserfordernisses aus Art. 3a sowie aus den Erwägungsgründen der EU-Fernleitungs-VO. Die seitens eines Betreibers einer Gasspeicheranlage einzureichenden Unterlagen und Erklärungen sind in Anlage 1 des vorliegenden Hinweispapiers aufgeführt. Insofern wird auf die Ausführungen zu den materiellen Voraussetzungen der Zertifizierung, vgl. Abschnitt 2, sowie auf die Anlage 1, “Einzureichende Unterlagen“, verwiesen. Durch die eingereichten Unterlagen müssen die beteiligten Behörden in die Lage versetzt werden, eine Prüfung der Zertifizierungsvoraussetzungen gem. Art. 3a EU-Fernleitungs-VO vornehmen zu können. Die Unterlagen müssen dementsprechend plausibel und nachvollziehbar aufbereitet sein.

Die Liste der einzureichenden Unterlagen in Anlage 1 gibt nach vorläufiger Einschätzung den Mindestumfang eines Antrags zur Zertifizierung wieder. Die im Zertifizierungsprozess beteiligten Behörden behalten sich vor, im Verfahren jederzeit zusätzliche Unterlagen und Erklärungen nachzufordern.

Bei der Einreichung von Unterlagen sollte die Systematik der aufgestellten Anforderungsliste eingehalten werden, so dass die laufende Nummer der mit dem Antrag eingereichten Anlagen jeweils der Nummerierung der Anlage 1 des Hinweispapiers entspricht.

Soweit es sich um Erklärungen einer Personenhandelsgesellschaft oder einer juristischen Person handelt, sind diese Erklärungen durch die jeweiligen vertretungsberechtigten Organe abzugeben und zu unterzeichnen, d.h. durch die geschäftsführenden Gesellschafter einer OHG oder KG, die Geschäftsführer einer GmbH oder die Vorstände einer Aktiengesellschaft, jeweils in vertretungsberechtigter Zahl. Soweit Erklärungen nicht den Antragsteller unmittelbar, sondern Konzerngesellschaften (insbesondere auch Tochtergesellschaften) des Antragstellers betreffen, so sind die Erklärungen bei der jeweils betroffenen Konzerngesellschaft einzufordern und dem Antrag beizufügen.

Nach § 4e Abs. 1 Satz 2 EnWG sind die für die Zertifizierung erforderlichen Antragsunterlagen elektronisch bei der Bundesnetzagentur einzureichen. Die für die Prüfung nach Art. 3a Abs. 3 der EU-Fernleitungs-VO relevanten Unterlagen hat die Bundesnetzagentur dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz elektronisch zur Verfügung zu stellen. Auf Verlangen der Bundesnetzagentur oder des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sind die Unterlagen auch schriftlich zu übermitteln.

Um die Antragseinreichung für die Betreiber von Gasspeicheranlagen zu erleichtern, sind die Dokumente vollständig auf elektronischen Weg über die sog. Geschlossene Benutzergruppe (GBG)¹ bei der Bundesnetzagentur einzureichen. Um seiner Dokumentationspflicht zu genügen, muss der Betreiber einer Gasspeicheranlage dort sämtliche Dokumente in Reinschrift und in geschwärzter², um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bereinigter Fassung vorlegen. Neben der Bundesnetzagentur hat auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz auf die GBG Zugriff. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz kann dabei im Rahmen seiner Prüfung nach Art. 3a Abs. 3 EU-Fernleitungs-VO i.V.m. § 4e Abs. 3 EnWG auch Rechtsanwaltskanzleien unterstützend einbinden und die hierzu erforderlichen Unterlagen an diese zur Verarbeitung übersenden bzw. diesen Zugriff hierauf gewähren; die Kanzleien haben die sich aus der DSGVO und dem BDSG ergebenden Anforderungen an den Datenschutz zu erfüllen.

Die Unterlagen sind vollständig einzureichen. Notwendige Aktualisierungen der Unterlagen durch den Betreiber einer Gasspeicheranlage sind nach Antragstellung im laufenden Verfahren vorzunehmen, wenn diese zu Änderungen der Ausführungen zu den materiellen Voraussetzungen der Zertifizierung vor Abschluss des Erstzertifizierungsverfahrens führen. Diese sind umgehend über die GBG nachzureichen, gleiches gilt bei Nachforderungen von Unterlagen durch die zuständigen Behörden.

Geplante Transaktionen nach einer bereits erteilten Zertifizierungsentscheidung sind gemäß den Ausführungen unter Abschnitt 3.2 mitzuteilen.

¹ Die Beantragung zur Freischaltung für die Geschlossene Benutzergruppe (GBG) erfolgt über das Postfach Speicherzertifizierung@bnetza.de. Für die Einrichtung eines Accounts teilen Sie uns Name und Mailadresse der Personen über das zuvor genannte Postfach mit, welche die Übersendung der Unterlagen vornehmen werden. Eine Anleitung für die Nutzung der GBG erhalten Sie im Anschluss an die Registrierung.

² Nähere Ausführungen hierzu siehe im Hinweispapier zum Umgang und Reichweite zulässiger Schwärzungen, www.bundesnetzagentur.de/geheimnisschutz-enwg.

2. Prozessuale und operative Verfahrensfragen

2.1 Zeitliche Zweistufigkeit: Regelverfahren und beschleunigtes Verfahren, gem. Art. 3a Abs. 2 EU-Fernleitungs-VO

„Die Bescheinigungsbehörde erstellt den Entwurf einer Entscheidung über die Zertifizierung in Bezug auf Speicheranlagenbetreiber, die unterirdische Speicheranlagen mit einer Kapazität von mehr als 3,5 TWh betreiben, unabhängig von der Anzahl der Speicheranlagenbetreiber, deren gesamte Speicheranlagen, am 31. März 2021 und am 31. März 2022 einen Füllstand von durchschnittlich weniger als 30 % ihrer maximalen Kapazität aufwiesen, bis zum 1. Februar 2023 oder binnen 150 Arbeitstagen nach Eingang einer Mitteilung gemäß Absatz 9.

Für die in Unterabsatz 1 genannten Speicheranlagenbetreiber bemüht sich die Bescheinigungsbehörde nach besten Kräften, vor dem 1. November 2022 einen Entwurf für einen Beschluss zur Zertifizierung zu erstellen.

In Bezug auf alle anderen Speicheranlagenbetreiber erstellt die Bescheinigungsbehörde den Entwurf einer Entscheidung zur Zertifizierung bis zum 2. Januar 2024 oder 18 Monate nach Eingang einer Mitteilung gemäß den Absätzen 8 oder 9.“ (Art. 3a Abs. 2 EU-Fernleitungs-VO)

In zeitlicher Hinsicht ergibt sich für die durchzuführenden Zertifizierungsverfahren eine Zweistufigkeit. Die EU-Fernleitungs-VO sieht vor, Betreiber von Gasspeicheranlagen, welche die Voraussetzungen nach Art. 3a Abs. 2 EU-Fernleitungs-VO erfüllen, in einem zeitlich beschleunigten Verfahren vor den Betreibern von Gasspeicheranlagen des Regelverfahrens zu zertifizieren:

- Betreiber, die unterirdische Gasspeicheranlagen mit einer Kapazität von mehr als 3,5 TWh betreiben, deren gesamte Speicheranlagen am 31.03.2021 und 31.03.2022 einen Füllstand von durchschnittlich weniger als 30 % ihrer maximalen Kapazität aufwiesen, unterliegen einem verkürzten Zertifizierungszeitraum. Für diese Gasspeicheranlagen war der Erstentwurf der Zertifizierungsentscheidung zum 01. Februar 2023 zu erstellen bzw. nach der Erstzertifizierung innerhalb von 150 Tagen nach Eingang einer Mitteilung über geplante Transaktionen iSv. Art. 3a Abs. 9 EU-Fernleitungs-VO zu erstellen und unverzüglich der Kommission zu übermitteln (*beschleunigtes Verfahren*).
- Für alle übrigen Betreiber von Gasspeicheranlagen ist ein Erstentwurf einer Zertifizierungsentscheidung bis zum 2. Januar 2024 oder nach der Erstzertifizierung innerhalb

von 18 Monaten nach Eingang einer Mitteilung über die Inbetriebnahme einer neu gebauten Gasspeicheranlage oder über eine geplante Transaktion gemäß den Absätzen 8 oder 9 zu erstellen und der Kommission unverzüglich zu übermitteln (*Regelverfahren*).

Der Erlass der finalen Zertifizierungsentscheidung durch die Bundesnetzagentur erfolgt dann jeweils binnen 25 Arbeitstagen nach Erhalt der Stellungnahme der Kommission. Die inhaltlichen Anforderungen beider Verfahren sind identisch.

Für die erstmalige Zertifizierung bestehender Gasspeicheranlagen nimmt die Bundesnetzagentur die Einteilung der Betreiber von Gasspeicheranlagen zum beschleunigten bzw. Regelverfahren unmittelbar nach Einreichung der vollständigen Antragsunterlagen vor. Da für das beschleunigte Verfahren auf die Größe und die Füllstände der Gasspeicheranlage abgestellt wird, ist im Falle einer von mehreren Betreibern betriebene Gasspeicheranlage diese jedem Speicheranlagenbetreiber in voller Höhe zuzurechnen, wenn und soweit eine Zuordnung der Mengen nicht möglich ist.

2.2 Aufteilung der Zuständigkeiten, gem. § 4e Abs. 2 und 3 EnWG

Die Zertifizierung von Betreibern von Gasspeicheranlagen erfolgt durch die Bundesnetzagentur, wobei das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima die für die Prüfung nach Artikel 3a Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 zu Grunde zu legende Bewertung erstellt und an die Bundesnetzagentur übermittelt.

Graphisch lässt sich der Ablauf des Zertifizierungsverfahrens wie folgt darstellen:

Bundesnetzagentur	<ul style="list-style-type: none"> • Veröffentlichung Hinweispapier auf der Internetseite der Bundesnetzagentur • Anträge auf Erstzertifizierung können ab diesem Zeitpunkt eingereicht werden • Einreichung der in der Anlage 1 benannten Dokumente über die GBG; nachträgliche Änderungen bleiben möglich • Einteilung der Betreiber zum beschleunigten oder Regelverfahren durch die Bundesnetzagentur 	
Entwurf Erstzertifizierung, geteilte Verantwortung Bundesnetzagentur und Bundes- ministerium für Wirtschaft und Klima	Bundesnetzagentur Prüfung der Beeinträchtigung der wesentlichen Sicherheitsinteressen und Erstellung Entwurf Zertifizierungsentscheidung (beschleunigtes und Regelverfahren)	Bundesministerium für Wirtschaft und Klima Erstellung der die für die Prüfung nach Art. 3a Abs. 3 EU-Fernleitungs-VO zu Grunde legende Bewertung und Übermittlung an Bundesnetzagentur
Bundesnetzagentur Unverzüglich	Erstellung des Entscheidungsentwurfs und Übermittlung an die EU-Kommission durch die Bundesnetzagentur	
25 Arbeitstage	Stellungnahme zum Entscheidungsentwurf durch die EU-Kommission	
25 Arbeitstage	Zertifizierungsentscheidung nach Eingang der Stellungnahme der Kommission durch die Bundesnetzagentur	

2.3 Grundlegende Verfahrensschritte, gem. § 4e EnWG Abs. 2 und 3 und Art. 3a Abs. 3 und 4 EU-Fernleitungs-VO

2.3.1 Einleitung Zertifizierungsverfahren

Die Einleitung des Zertifizierungsverfahren erfolgt auf Antrag des Betreibers oder von Amts wegen durch die Bundesnetzagentur.

2.3.2 Prüfung Zertifizierungsvoraussetzungen (§ 4e Abs. 2 und 3 EnWG; Art. 3a Abs. 3 und 4 EU-Fernleitungs-VO)

„Die Bundesnetzagentur nimmt im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens die Aufgaben nach Artikel 3a Absatz 2 bis 7 und Absatz 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 wahr. Die Bundesnetzagentur kann hierbei zu Fragen der Beeinträchtigung der wesentlichen Sicherheitsinteressen insbesondere auch das Bundesministerium des Innern und für Heimat beteiligen. Dem Bundesministerium des Innern und für Heimat können die zur entsprechenden Prüfung erforderlichen Unterlagen durch die Bundesnetzagentur zur Verfügung gestellt werden.“ (§ 4e Abs. 2 EnWG)

„Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erstellt die für die Prüfung nach Artikel 3a Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 zu Grunde zu legende Bewertung und übermittelt diese an die Bundesnetzagentur.“ (§ 4e Abs. 3 EnWG)

„Bei der Prüfung des Risikos der Energieversorgungssicherheit in der Union berücksichtigt die Bescheinigungsbehörde alle Risiken für die Gasversorgungssicherheit auf nationaler, regionaler oder unionsweiter Ebene sowie jede Minderung solcher Risiken, (...)“ (Art. 3a Abs. 3 S. 1 EU-Fernleitungs-VO)

„Wenn die Bescheinigungsbehörde zu dem Schluss kommt, dass eine Person, die den Speicheranlagenbetreiber im Sinne des Artikels 9 der Richtlinie 2009/73/EG direkt oder indirekt kontrolliert oder Rechte an einem Speicheranlagenbetreiber ausübt, die Energieversorgungssicherheit oder die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Union oder eines Mitgliedsstaats gefährden könnte, (...)“ (Art. 3a Abs. 4 S. 1 EU-Fernleitungs-VO)

Die nationale Norm greift Regelungen des Art. 3a EU-Fernleitungs-VO lediglich auf, da diese bereits wegen ihrer unmittelbaren Wirkung in den Mitgliedstaaten Anwendung findet. § 4e

EnWG regelt daher vor allem die Zuständigkeiten für die in der EU-Fernleitungs-VO zu prüfenden Tatbestandsmerkmale, siehe Abschnitt 2.2.

Eine Zertifizierung eines Betreibers einer Gasspeicheranlage setzt voraus, dass die Zertifizierung die Energieversorgungssicherheit oder wesentliche Sicherheitsinteressen der Europäischen Union oder eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, nicht gefährdet.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ist nach § 4e Abs. 3 EnWG zuständig für die Prüfung der Energieversorgungssicherheit im Sinne des Art. 3a Abs. 3 der EU-Fernleitungs-VO. In diesem Rahmen prüft das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, ob keine Gefährdung der Energieversorgungssicherheit auf nationaler, regionaler oder unionsweiter Ebene durch eine Person, die den Betreiber einer Gasspeicheranlage direkt oder indirekt kontrolliert oder Rechte an diesem ausübt, besteht. Der Inhalt dieser Prüfung ist den Abschnitten 2.3.2.1 bis 2.3.2.3 zu entnehmen. Das Ergebnis der Prüfung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz wird anschließend der Zertifizierungsentscheidung durch die Bundesnetzagentur zu Grunde gelegt.

2.3.2.1 Eigentums-, Liefer- oder sonstige Geschäftsbeziehungen

Das Hauptaugenmerk der Prüfung seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz liegt auf dem potentiellen Einfluss für Eigentums-, Liefer- oder sonstigen Geschäftsbeziehungen auf die Energieversorgungssicherheit. Zentrales Element des Entwurfs einer Entscheidung über die Zertifizierung ist der Begriff des „bestimmenden Einflusses“, d. h. das Eigentum oder das Recht, die Vermögenswerte eines Unternehmens ganz oder teilweise zu nutzen, oder Rechte oder Verträge, mit denen ein bestimmender Einfluss auf die Zusammensetzung, die Abstimmung oder die Entscheidungen der Organe eines Unternehmens gewährt wird. Maßgeblich ist dabei insbesondere die Prüfung der Eigentümerstrukturen am Betreiber der Gasspeicheranlagen. Dabei spielen insbesondere Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Gesellschafter, beispielsweise Bestimmungen zur Stimmrechtsausübung, eine Rolle, aber unter Umständen auch etwaige Gewinn- und Verlustabführungsvereinbarungen.

2.3.2.2 Rechte und Pflichten der Union/Mitgliedstaat gegenüber Drittstaaten

Ferner bezieht das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen seiner Prüfung mit ein:

- die Rechte und Pflichten der Union gegenüber einem Drittland, die sich aus dem Völkerrecht ergeben, einschließlich aller Abkommen, die mit einem oder mehreren Drittländern geschlossen wurden, bei denen die Union Vertragspartei ist und die die Frage der Energieversorgungssicherheit betreffen
- die Rechte und Pflichten der betreffenden Mitgliedstaaten gegenüber einem Drittland, die sich aus Abkommen ergeben, die die betreffenden Mitgliedstaaten mit einem oder mehreren Drittländern geschlossen haben, soweit diese Abkommen mit dem Unionsrecht vereinbar sind.

2.3.2.3 Besondere Gegebenheiten und Umstände im Einzelfall

Ebenfalls Eingang in die Bewertung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz finden besondere Gegebenheiten und Umstände des Einzelfalls. Hierzu gehören insbesondere energieversorgungssicherheitsbezogene Aspekte des Betriebs einer Gasspeicheranlage, die sich negativ auf die Befüllung der Gasspeicheranlage auswirken können und die nicht bereits von den vorgenannten Punkten erfasst sind.

2.3.2.4 Wesentliche Sicherheitsinteressen eines Mitgliedsstaats oder der Union

„Wenn die Bescheinigungsbehörde zu dem Schluss kommt, dass eine Person (...) die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Union oder eines Mitgliedstaats gefährden könnte (...).“
Art. 3a Abs. 4 S. 1 EU-Fernleitungs-VO

Der Bundesnetzagentur obliegt nach § 4e Abs. 2 EnWG die Prüfung der wesentlichen Sicherheitsinteressen Deutschlands oder der Europäischen Union im Rahmen der Zertifizierung der Betreiber von Gasspeicheranlagen. Sie kann hierbei insbesondere das Bundesministerium des Innern und für Heimat einbinden.

Der Begriff der wesentlichen Sicherheitsinteressen stammt aus dem europäischen Primärrecht. Anhaltspunkte für das Verständnis der wesentlichen Sicherheitsinteressen im Kontext des Art. 3a EU-Fernleitungs-VO und in Abgrenzung der bereits von der Energieversorgungssicherheit erfassten Aspekte bieten insbesondere die Erwägungsgründe der Verordnung (EU) 2017/1032, mittels derer u.a. Art. 3a EU-Fernleitungs-VO eingeführt wurde. Unter dem Prüfungspunkt der „wesentlichen Sicherheitsinteressen“ werden somit im Schwerpunkt insbeson-

dere die aus einer Beeinträchtigung oder des Ausfalls einer Gasspeicheranlage resultierenden möglichen sozialen und ökonomischen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger zu betrachten sein.

Abschnitt 2.3.2.3. gilt entsprechend auch für die Prüfung der wesentlichen Sicherheitsinteressen.

2.3.3 Nachweise über das Vorliegen der Zertifizierungsvoraussetzungen

Die für die Zertifizierungsprüfung erforderlichen Unterlagen sind in Anlage 1 zusammengestellt. Eine Unterteilung der zur Prüfung der Energieversorgungssicherheit einerseits und der wesentlichen Sicherheitsinteressen andererseits ist nicht erfolgt, da die geforderten Unterlagen grundsätzlich für die Prüfung beider Tatbestände erforderlich sind.

2.3.4 Erstellung des Entscheidungsentwurfes

Bei der Erstellung des Beschlussentwurfes legt die Bundesnetzagentur die Bewertung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz hinsichtlich der Zertifizierungsvoraussetzungen gem. Abschnitte 2.3.2.1 – 2.3.2.3 bei der Erstellung des Entscheidungsentwurfes zu Grunde und berücksichtigt die entsprechenden Befunde. Sofern das Bundesministerium des Innern und für Heimat bei der Bewertung der Beeinträchtigung wesentlicher Sicherheitsinteressen gem. Abschnitt 2.3.2.4 konsultiert worden ist, werden die Befunde durch die Bundesnetzagentur bei der Erstellung des Entscheidungsentwurfes in die Entscheidung einbezogen.

Die Zertifizierung kann ohne, siehe Abschnitt 2.3.4.1, oder unter Bedingungen, siehe Abschnitt 2.3.4.2, erfolgen.

2.3.4.1 Zertifizierung

Die Zertifizierung eines Betreibers einer Gasspeicheranlage durch die Bundesnetzagentur ist dann zu erteilen, wenn eine Gefährdung der Energieversorgungssicherheit oder wesentliche Sicherheitsinteressen der Europäischen Union oder eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, ausgeschlossen werden kann. Der Bundesnetzagentur obliegt die abschließende Entscheidung unter Berücksichtigung der Be-

wertung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zur Energieversorgungssicherheit. Soweit eine Beteiligung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat erfolgt ist, werden auch daraus folgende Erkenntnisse berücksichtigt.

2.3.4.2 Zertifizierung unter Bedingungen

„(...) Stattdessen kann die Bescheinigungsbehörde eine Entscheidung zur Zertifizierung unter Bedingungen erlassen, mit denen gewährleistet wird, dass alle Risiken, die negative Auswirkungen auf die Befüllung der unterirdischen Gasspeicheranlagen haben könnten, ausreichend gemindert werden, sofern die Durchführbarkeit der Bedingungen durch eine wirksame Umsetzung und Überwachung vollständig gewährleistet werden kann. Zu solchen Bedingungen kann insbesondere die Anforderung gehören, dass der Eigentümer oder der Betreiber des Speichersystems die Verwaltung des Speichersystems übertragen muss.“ (Art. 3a Abs. 4 S. 2 f. EU-Fernleitungs-VO)

Die Zertifizierungsentscheidung kann zur Sicherstellung der ausreichenden Minderung der Risiken einer negativen Auswirkung auf die Befüllung der unterirdischen Gasspeicheranlagen befristet, bedingt oder unter Widerrufsvorbehalt erlassen werden. Ebenso kann sie mit einer Auflage oder dem Vorhalt deren nachträglicher Aufnahme, Änderung oder Ergänzung versehen werden.

Als mögliche, aber nicht abschließende Zertifizierungsbedingung nennt Die EU-Fernleitungs-VO die Übertragung der Verwaltung des Speichersystems durch den Eigentümer oder den Betreiber des Speichersystems. Eine solche Übertragung kann insbesondere in einer Übertragung der Geschäftsführung der speicheranlagenbetreibenden Person bestehen, sofern eine Beeinflussung durch die vorherigen Kontrollinhaber ausgeschlossen ist. Andere denkbare Bedingungen könnten beispielsweise die Anpassung/Kündigung von Speicherverträgen oder andere Maßnahmen, die auf die Betriebsfähigkeit der Speicheranlage gerichtet sind, sein.

2.3.5 Beteiligung Europäische Kommission, gem. Art. 3a Abs. 1 UAbs. 1 EU-Fernleitungs-VO und Erstellung finaler Zertifizierungsentscheidung

„Die Bescheinigungsbehörde übermittelt der Kommission unverzüglich den Entwurf ihrer Entscheidung über die Zertifizierung zusammen mit allen relevanten Informationen.

Die Kommission übermittelt der Bescheinigungsbehörde binnen 25 Arbeitstagen nach der Übermittlung eine Stellungnahme zum Entwurf der Entscheidung über die Zertifizierung. Die Bescheinigungsbehörde trägt der Stellungnahme der Kommission so weit wie möglich Rechnung.“ (Art. 3a Abs. 6 EU-Fernleitungs-VO)

„Die Bescheinigungsbehörde erlässt die Entscheidung über die Zertifizierung binnen 25 Arbeitstagen nach Erhalt der Stellungnahme der Kommission.“ (Art. 3a Abs. 7 EU-Fernleitungs-VO)

Die Bundesnetzagentur übersendet den Entwurf der Entscheidung sowie alle relevanten Informationen gem. Art. 3a Abs. 6 UAbs. 1 EU-Fernleitungs-VO unverzüglich an die Kommission, welche innerhalb von 25 Arbeitstagen hierzu Stellung nimmt. Nach der Stellungnahme der Kommission entscheidet die Bundesnetzagentur innerhalb von 25 Arbeitstagen final über die Zertifizierung, wobei so weit wie möglich der Stellungnahme der Kommission Rechnung getragen wird.

2.3.6 Veröffentlichung

„Die Zertifizierungsentscheidung der Bundesnetzagentur wird im Amtsblatt der Bundesnetzagentur gemeinsam mit der Stellungnahme der Europäischen Kommission unter Verwendung nicht personenbezogener Daten veröffentlicht.“ (§ 4e Abs. 4 EnWG)

Die Veröffentlichung erfolgt unter Ausschluss personenbezogener Daten. Nähere Ausführungen zum Umgang und der Reichweite zulässiger Schwärzungen, welche für die Veröffentlichung der Zertifizierungsentscheidung relevant sind, sind der Internetseite www.bundesnetzagentur.de/geheimnisschutz-enwg zu entnehmen.

3. Erstzertifizierung neu gebauter Gasspeicheranlagen sowie Neubewertung einer Zertifizierungsentscheidung

3.1 Inbetriebnahme neu gebauter Gasspeicheranlagen

„Vor der Inbetriebnahme einer neu gebauten unterirdischen Gasspeicheranlage muss der Speicheranlagenbetreiber gemäß den Absätzen 1 bis 7 zertifiziert werden. Der Speicheranlagenbetreiber teilt der Bescheinigungsbehörde seine Absicht zur Inbetriebnahme der Speicheranlage mit.“ (Art. 3a Abs. 8 EU-Fernleitungs-VO)

Betreiber einer neu errichteten Gasspeicheranlage bedürfen vor Inbetriebnahme ihrer Gasspeicheranlage einer Zertifizierung. Soweit der Betreiber einer neu gebauten Gasspeicheranlage bereits zertifiziert ist, ist in Hinblick auf die neu gebaute Gasspeicheranlage in Absprache mit der Bundesnetzagentur zu klären, welche Unterlagen vorzulegen sind.

Verfügt ein Betreiber einer neu gebauten Gasspeicheranlage noch nicht über eine Zertifizierung, so ist er zur Einreichung solche Unterlagen bei der Bundesnetzagentur verpflichtet, welche für die Durchführung des Zertifizierungsverfahrens erforderlich sind. Die Auswahl und der Umfang der einzureichenden Unterlagen ergibt sich insbesondere aus der in der Anlage 1 gelisteten Daten. Das Verfahren zur Einreichung der Unterlagen erfolgt analog zu den Ausführungen unter Abschnitt 1.3.

Die prozessualen und operativen Verfahrensfragen orientieren sich an dem unter Abschnitt 2 skizzierten Vorgehen. Die Dauer von 18 Monaten für die Erstellung eines Zertifizierungsentsurfs durch die Bundesnetzagentur bemisst sich nach der gem. Art. 3a Abs. 2 Satz 3 EU-Fernleitungs-VO vorgegebenen Frist.

3.2 Neubewertung einer Zertifizierungsentscheidung

„Speicheranlagenbetreiber teilen der betreffenden Bescheinigungsbehörde alle geplanten Transaktionen mit, die eine Neubewertung ihrer Einhaltung der Zertifizierungsanforderungen gemäß den Absätzen 1 bis 4 erforderlich machen würden.“ (Art. 3a Abs. 9 EU-Fernleitungs-VO)

„Die Bescheinigungsbehörden überwachen kontinuierlich die Einhaltung der Anforderungen aus den Absätzen 1 bis 4 durch die Speicheranlagenbetreiber. Unter folgenden Umständen leiten sie zur Neuurteilung der Einhaltung der Anforderungen ein Zertifizierungsverfahren ein:

- a) bei Erhalt einer Mitteilung eines Speicheranlagenbetreibers gemäß den Absätzen 8 oder 9;
- b) aus eigener Initiative, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine geplante Änderung hinsichtlich der Rechte an oder der Einflussnahme auf einen Speicheranlagenbetreiber zu einem Verstoß gegen die Anforderungen der Absätze 1, 2 und 3 führen könnte;

c) auf einen begründeten Antrag durch die Kommission.“ (Art. 3a Abs. 10 EU-Fernleitungs-VO)

Nach Art. 3a Abs. 9 EU-Fernleitungs-VO haben Betreiber einer Gasspeicheranlage der Bundesnetzagentur nach erteilter Zertifizierung alle geplanten Transaktionen, die eine Neubewertung der Einhaltung der Zertifizierungsanforderungen gemäß Art. 3a Abs. 1 bis 4 EU-Fernleitungs-VO erforderlich machen, mitzuteilen. Die Einreichung der Unterlagen erfolgt ebenso über die GBG, siehe Darstellung des Vorgehens in Abschnitt 1.3.

Abgrenzend dazu sind Änderungen im Sachverhalt, die sich im laufenden Verfahren einer Erstzertifizierung ergeben, unverzüglich mitzuteilen und werden im Rahmen des laufenden Zertifizierungsverfahrens berücksichtigt.

Eine Neubewertung hinsichtlich der Einhaltung der Zertifizierungsanforderungen ist gem. Art. 3a Abs. 10 EU-Fernleitungs-VO zudem von Amts wegen möglich, wenn die Bundesnetzagentur oder das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima anderweitig Kenntnis davon erlangt, dass geplante oder erfolgte Änderungen hinsichtlich der Rechte an oder der Einflussnahme auf einen Betreiber einer Gasspeicheranlage zu einem Verstoß gegen die Absätze 1, 2 und 3 führen könnten. Schließlich ist eine Neubewertung der Einhaltung der Zertifizierungsanforderungen auch auf Antrag der Kommission möglich.

Anlage 1: Einzureichende Unterlagen

Hinweise zur Einreichung der Unterlagen:

- Einreichung der Unterlagen in elektronischer Form ohne Schwärzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen (mit Paginierung) über die GBG
- Einreichung der Unterlagen in elektronischer Form - geschwärzte Fassung (mit Paginierung) über die GBG
- Sofern ein Bezug zu einem Drittstaat vorliegt, ist dieser entsprechend kenntlich zu machen.
- Sofern mehrere Gasspeicheranlagen betrieben werden, Einreichung der Unterlagen ab Punkt 8. einzeln pro Gasspeicheranlage
- Bei der Einreichung von Unterlagen sollte die Systematik der aufgestellten Anforderungsliste eingehalten werden, so dass die laufende Nummer der Anlagensammlung jeweils der Nummerierung der Anforderungsliste entspricht.
- Diese Anforderungsliste ist nicht abschließend. Die beteiligten Behörden behalten sich vor, darüber hinausgehende Unterlagen und Erklärungen nachzufordern.

	Einzureichende Unterlagen	Lfd. Nummer in Anlagensammlung
	1. 1. Allgemeine Angaben zum Betreiber einer/ von Gasspeicheranlage/n	
Bitte wählen	1.1. Name des Betreibers einer/ von Gasspeicheranlage/n und vollständige Geschäftsanschrift	
Bitte wählen	1.2. Steuernummer	
Bitte wählen	1.3. EORI-Nummer	
Bitte wählen	1.4. Auszug Handelsregister	
Bitte wählen	1.5. Auszug Gewerbezentralregister	
Bitte wählen	1.6. Organigramm	
	2. Mitglieder der Geschäftsführung/Unternehmensleitung und andere vertretungsberechtigte Personen	
Bitte wählen	Auflistung der Mitglieder der Geschäftsführung/Unternehmensleitung und andere vertretungsberechtigte Personen (jeweils mit Meldeanschrift, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit sowie Pass- bzw. Personalausweisnummer)	
	3. Kontrolle	
Bitte wählen	3.1. Übersicht über alle Anteilseigner und deren Rechte	
Bitte wählen	3.2. Bei alleiniger oder gemeinsamer Kontrolle durch einen Anteilseigner, Übersicht über dessen Anteilseigner und Erklärung zu evtl. eingeräumten Minderheitsrechten dieser Anteilseigner	

Bitte wählen	3.3. Bei gemeinsamer Kontrolle durch mehrere Anteilseigner, Übersicht über deren jeweilige Anteilseigner und Erklärung zu evtl. eingeräumten Minderheitsrechten dieser Anteilseigner	
Bitte wählen	3.4. Darstellung der Tätigkeitsfelder der Anteilseigner	
Bitte wählen	3.5. Darstellung aller Anteilseigner und deren Rechte als Schaubild	
Bitte wählen	3.6 Gesellschaftsvertrag des/der Betreiber/s einer Gasspeicheranlage und der Eigentumsgesellschaft (bei mittelbarem Eigentum)	
Bitte wählen	3.7. Handelsregistrauszug der Eigentumsgesellschaft (bei mittelbarem Eigentum)	
Bitte wählen	3.8. Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge (bspw. Beherrschungsverträge, Betriebsüberlassungsverträge, Unternehmenspachtverträge oder Betriebsführungsverträge) des/der Betreiber/s einer Gasspeicheranlage und der Eigentumsgesellschaft (bei mittelbarem Eigentum)	
Bitte wählen	3.9. Stimmbindungsverträge oder sonstige Verträge/Konzernverhältnisse (bspw. Gesellschaftervereinbarungen, Joint Venture Verträge, Zustimmungsvorbehalte, Vetorechte), die Einfluss auf das Verhalten der Gesellschafter gewähren, jeweils für die Anteilseigner des/der Betreiber/s einer Gasspeicheranlage und/oder der Eigentumsgesellschaft (bei mittelbarem Eigentum)	
Bitte wählen	3.10. Bestehende oder geplante Unternehmensverträge oder Konzernverhältnisse und sämtliche sonstigen Verträge oder Rechtsverhältnisse, infolge derer der unmittelbare Erwerber oder ein mittelbarer Erwerber als herrschendes oder abhängiges Unternehmen mit anderen Unternehmen unter einer einheitlichen Leitung zusammengefasst wird sowie Konsortialverträge und Joint Ventures	
Bitte wählen	3.11. Übersicht weiterer Verträge/Vereinbarungen, die die Möglichkeit der Ausübung von Einflussnahme zum Gegenstand haben	
4. Unternehmensleitung		
Bitte wählen	4.1. Liste der Mitglieder der Unternehmensleitung	
Bitte wählen	4.2. Übersicht über Funktionen in Organen anderer Gesellschaften	
Bitte wählen	4.3. Erklärung über das Nichtausüben untersagter Funktionen der Unternehmensleitungsmitglieder	
Bitte wählen	4.4. Bei Bestimmungsrecht einer juristischen Person für ein Mitglied der Unternehmensleitung: Darstellung der sonstigen Beteiligungen dieser Person	
Bitte wählen	4.5. Geschäftsordnung der Unternehmensleitung	
5. Aufsichtsrat		
Bitte wählen	5.1. Übersicht über Funktionen der Aufsichtsratsmitglieder in Organen anderer Gesellschaften	

Bitte wählen	5.2. Erklärung über das Nichtausüben untersagter Funktionen der Aufsichtsratsmitglieder	
Bitte wählen	5.3. Bei Bestimmungsrecht einer juristischen Person für ein Mitglied des Aufsichtsrats: Darstellung der sonstigen Beteiligungen dieser Person	
Bitte wählen	5.4. Geschäftsordnung des Aufsichtsrats	
	6. Geschäftsbeziehungen	
Bitte wählen	6.1. Auflistung der Geschäftsbeziehungen des Betreibers mit Drittstaatenbezug	
Bitte wählen	6.2. Angaben zu geplanten Änderungen; insbesondere zur Verlagerung von Geschäftsaktivitäten des Betreibers in das Ausland und zur Einstellung der Geschäftsaktivitäten in Deutschland und/oder in der Europäischen Union	
	7. Verpflichtungen ggü. Drittstaaten	
Bitte wählen	7.1. Bestätigung des Betreibers einer Gasspeicheranlage, dass er keiner Zusage/Verpflichtung der Union ggü. Drittstaat unterliegt	
Bitte wählen	7.2. Bestätigung des Betreibers einer Gasspeicheranlage, dass er keiner Zusage/Verpflichtung der Deutschlands ggü. Drittstaat unterliegt	
	8. Auflistung der betriebenen Gasspeicheranlage(n)	
Bitte wählen	8.1. Name und Adresse der betriebenen Gasspeicheranlage(n)	
Bitte wählen	8.2 Tag der geplanten Inbetriebnahme [nur für neu gebaute Gasspeicheranlagen gem. Art. 3a Abs. 8 EU-Fernleitungs-VO]	
	9. Eigentum an der Gasspeicheranlage	
Bitte wählen	9.1. Grundbuchauszug	
Bitte wählen	9.2. Vereinbarungen über die Nutzung der Gasspeicheranlage	
Bitte wählen	9.3. Vereinbarung über ausschließliche (Teil-) Nutzungsrechte der Gasspeicheranlage	
	10. Technische Daten der betriebenen Gasspeicheranlage	
Bitte wählen	10.1. Arbeitsgasvolumen der Gasspeicheranlage	
Bitte wählen	10.2. Füllstand zum 31.03.2021	
Bitte wählen	10.3. Füllstand zum 31.03.2022	

Bitte wählen	10.4. Einspeisepunkt/e an das deutsche Fernleitungsnetz (Nennung konkrete/r Einspeisepunkt/e)	
Bitte wählen	10.5 Nachweis der Zertifizierung nach IT-Sicherheitskatalog gem. § 11 Abs. 1a oder 1b EnWG, ersatzweise Auskunft zum aktuellen Stand der Zertifizierung	
	11. Vertragsbeziehungen	
Bitte wählen	11.1. Auflistung Speicherverträge samt Informationen zur Befüllleistung, Arbeitsgaskapazität, Ausspeicherleistung und Eigentümer des eingespeicherten Gases	
Bitte wählen	11.2. Auflistung von Arbeitsgastransfers durch Speicherkunden (Höhe des transferierten Arbeitsgases, der dazugehörigen Befüll- und Ausspeicherleistung, Adressat des Transfers)	
Bitte wählen	11.3. Vorlage des Vertrags über den technischen Betrieb des Gasspeichers	
Bitte wählen	11.4. Auflistung weiterer Wartungs- und Serviceverträge (u.a. Nennung des Vertrages, Vertragspartner und -inhalt)	

Anlage 2: Art. 3a EU-Fernleitungs-VO

Artikel 3a

Zertifizierung von Speicheranlagenbetreibern

- (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass jeder Speicheranlagenbetreiber, einschließlich jedes Speicheranlagenbetreibers, der von einem Fernleitungsnetzbetreiber kontrolliert wird, entweder von der nationalen Regulierungsbehörde oder einer anderen vom betreffenden Mitgliedstaat gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates benannten zuständigen Behörde (im Folgenden jeweils ‚Bescheinigungsbehörde‘) nach dem in diesem Artikel festgelegten Verfahren zertifiziert wird.

Dieser Artikel gilt auch für Speicheranlagenbetreiber, die von Fernleitungsnetzbetreibern kontrolliert werden, die bereits nach den in den Artikeln 9, 10 und 11 der Richtlinie 2009/73/EG genannten Entflechtungsvorschriften zertifiziert sind.

- (2) Die Bescheinigungsbehörde erstellt den Entwurf einer Entscheidung über die Zertifizierung in Bezug auf Speicheranlagenbetreiber, die unterirdische Gasspeicheranlagen mit einer Kapazität von mehr als 3,5 TWh betreiben, unabhängig von der Anzahl der Speicheranlagenbetreiber, deren gesamte Speicheranlagen, am 31. März 2021 und am 31. März 2022 einen Füllstand von durchschnittlich weniger als 30 % ihrer maximalen Kapazität aufwiesen, bis zum 1. Februar 2023 oder binnen 150 Arbeitstagen nach Eingang einer Mitteilung gemäß Absatz 9.

Für die in Unterabsatz 1 genannten Speicheranlagenbetreiber bemüht sich die Bescheinigungsbehörde nach besten Kräften, vor dem 1. November 2022 einen Entwurf für einen Beschluss zur Zertifizierung zu erstellen.

In Bezug auf alle anderen Speicheranlagenbetreiber erstellt die Bescheinigungsbehörde den Entwurf einer Entscheidung zur Zertifizierung bis zum 2. Januar 2024 oder innerhalb von 18 Monaten nach Eingang einer Mitteilung gemäß den Absätzen 8 oder 9.

- (3) Bei der Prüfung des Risikos der Energieversorgungssicherheit in der Union berücksichtigt die Bescheinigungsbehörde alle Risiken für die Gasversorgungssicherheit auf nationaler, regionaler oder unionsweiter Ebene sowie jede Minderung solcher Risiken, die unter anderem zurückzuführen sind auf:

- a) Eigentums-, Liefer- oder sonstige Geschäftsbeziehungen, die negative Auswirkungen auf die Anreize und die Fähigkeit des Speicheranlagenbetreibers, die unterirdische Gasspeicheranlage zu befüllen, haben könnten;
 - b) die Rechte und Pflichten der Union gegenüber einem Drittland, die aus dem Völkerrecht erwachsen, einschließlich Vereinbarungen mit einem oder mehreren Drittländern, denen die Union als Vertragspartei angehört und durch die die Fragen der Energieversorgungssicherheit geregelt werden;
 - c) die Rechte und Pflichten der betroffenen Mitgliedstaaten gegenüber einem Drittland, die aus von den betroffenen Mitgliedstaaten mit einem oder mehreren Drittländern geschlossenen Vereinbarungen erwachsen, soweit diese Vereinbarungen mit dem Unionsrecht im Einklang stehen, oder
 - d) andere besondere Gegebenheiten und Umstände im Einzelfall.
- (4) Wenn die Bescheinigungsbehörde zu dem Schluss kommt, dass eine Person, die den Speicheranlagenbetreiber im Sinne des Artikels 9 der Richtlinie 2009/73/EG direkt oder indirekt kontrolliert oder Rechte an einem Speicheranlagenbetreiber ausübt, die Energieversorgungssicherheit oder die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Union oder eines Mitgliedstaats gefährden könnte, verweigert die Bescheinigungsbehörde die Zertifizierung. Stattdessen kann die Bescheinigungsbehörde eine Entscheidung zur Zertifizierung unter Bedingungen erlassen, mit denen gewährleistet wird, dass alle Risiken, die negative Auswirkungen auf die Befüllung der unterirdischen Gasspeicheranlagen haben könnten, ausreichend gemindert werden, sofern die Durchführbarkeit der Bedingungen durch eine wirksame Umsetzung und Überwachung vollständig gewährleistet werden kann. Zu solchen Bedingungen kann insbesondere die Anforderung gehören, dass der Eigentümer oder der Betreiber des Speichersystems die Verwaltung des Speichersystems übertragen muss.
- (5) Gelangt die Bescheinigungsbehörde zu dem Schluss, dass die Risiken für die Gasversorgung nicht durch Bedingungen gemäß Absatz 4, einschließlich der Bedingung, dass der Eigentümer oder der Betreiber des Speichersystems die Verwaltung des Speichersystems übertragen muss, begrenzt werden können, und verweigert sie daher die Zertifizierung, so
- a) verpflichtet sie den Eigentümer, den Betreiber des Speichersystems oder jede sonstige Person, die ihrer Ansicht nach die Energieversorgungssicherheit oder die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Union oder eines Mitgliedstaats gefährden könnten, ihre Anteile oder Rechte am Eigentum der Speicheranlage oder des Speicheranlagenbetreibers zu veräußern, und setzt eine Frist für diese Veräußerung;

- b) ordnet sie, soweit angemessen, vorübergehende Maßnahmen an, um sicherzustellen, dass eine solche Person so lange keine Kontrolle über diesen Speicheranlageneigentümer oder -betreiber und keine Rechte an diesem Speicheranlageneigentümer oder -betreiber ausüben kann, bis die Anteile oder Rechte veräußert sind; und
 - c) stellt im Einklang mit nationalem Recht geeignete Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung.
- (6) Die Bescheinigungsbehörde übermittelt der Kommission unverzüglich den Entwurf ihrer Entscheidung über die Zertifizierung zusammen mit allen relevanten Informationen.
- Die Kommission übermittelt der Bescheinigungsbehörde binnen 25 Arbeitstagen nach der Übermittlung eine Stellungnahme zum Entwurf der Entscheidung über die Zertifizierung. Die Bescheinigungsbehörde trägt der Stellungnahme der Kommission so weit wie möglich Rechnung.
- (7) Die Bescheinigungsbehörde erlässt die Entscheidung über die Zertifizierung binnen 25 Arbeitstagen nach Erhalt der Stellungnahme der Kommission.
- (8) Vor der Inbetriebnahme einer neu gebauten unterirdischen Gasspeicheranlage muss der Speicheranlagenbetreiber gemäß den Absätzen 1 bis 7 zertifiziert werden. Der Speicheranlagenbetreiber teilt der Bescheinigungsbehörde seine Absicht zur Inbetriebnahme der Speicheranlage mit.
- (9) Speicheranlagenbetreiber teilen der betreffenden Bescheinigungsbehörde alle geplanten Transaktionen mit, die eine Neubewertung ihrer Einhaltung der Zertifizierungsanforderungen gemäß den Absätzen 1 bis 4 erforderlich machen würden.
- (10) Die Bescheinigungsbehörden überwachen kontinuierlich die Einhaltung der Anforderungen aus den Absätzen 1 bis 4 durch die Speicheranlagenbetreiber. Unter folgenden Umständen leiten sie zur Neubeurteilung der Einhaltung der Anforderungen ein Zertifizierungsverfahren ein:
- a) bei Erhalt einer Mitteilung eines Speicheranlagenbetreibers gemäß den Absätzen 8 oder 9;
 - b) aus eigener Initiative, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine geplante Änderung hinsichtlich der Rechte an oder der Einflussnahme auf einen Speicheranlagenbetreiber zu einem Verstoß gegen die Anforderungen der Absätze 1, 2 und 3 führen könnte;
 - c) auf einen begründeten Antrag durch die Kommission.

- (11) Die Mitgliedstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um den Weiterbetrieb der unterirdischen Gasspeicheranlagen in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet sicher zu stellen. Diese unterirdischen Gasspeicheranlagen dürfen den Betrieb nur im Falle nicht erfüllter technischer Anforderungen und Sicherheitsanforderungen einstellen oder wenn die Bescheinigungsbehörde nach der Durchführung einer Bewertung sowie unter Berücksichtigung der Stellungnahme des ENTSO (Gas) zu dem Schluss kommt, dass eine solche Einstellung des Betriebs die Gasversorgungssicherheit auf Unions- oder auf nationaler Ebene nicht beeinträchtigen würde.

Soweit angemessen, sind geeignete Ausgleichsmaßnahmen zu treffen, wenn eine Einstellung des Betriebs nicht gestattet wird.

- (12) Die Kommission kann Leitlinien zur Anwendung dieses Artikels erlassen.
- (13) Dieser Artikel gilt nicht für die für Speicherung genutzten Teile von LNG-Anlagen.

Anlage 3: § 4e EnWG

§ 4e Zertifizierung des Betreibers einer Gasspeicheranlage

- (1) Das Verfahren zur Zertifizierung des Betreibers einer Gasspeicheranlage nach Artikel 3a der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 36; L 229 vom 1.9.2009, S. 29; L 309 vom 24.11.2009, S. 87) in der jeweils geltenden Fassung beginnt auf schriftlichen Antrag des Betreibers einer Gasspeicheranlage bei der Bundesnetzagentur oder wird von der Bundesnetzagentur von Amts wegen eingeleitet. Mit dem Antrag auf Zertifizierung hat der Betreiber der Gasspeicheranlage die für die Durchführung des Zertifizierungsverfahrens erforderlichen Unterlagen der Bundesnetzagentur elektronisch zur Verfügung zu stellen. Im Falle der Verfahrenseinleitung von Amts wegen hat der Betreiber der Gasspeicheranlage die Unterlagen nach Satz 2 auf Verlangen der Bundesnetzagentur elektronisch zur Verfügung zu stellen. Die nach Satz 2 oder 3 zur Verfügung zu stellenden Unterlagen hat die Bundesnetzagentur dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz elektronisch zur Verfügung zu stellen, soweit diese für die Prüfung nach Artikel 3a Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 erforderlich sind. Auf Verlangen der Bundesnetzagentur oder des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sind die nach Satz 2, 3 oder 4 elektronisch zur Verfügung zu stellenden Unterlagen zusätzlich auch schriftlich zu übermitteln.
- (2) Die Bundesnetzagentur nimmt im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens die Aufgaben nach Artikel 3a Absatz 2 bis 7 und Absatz 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 wahr. Die Bundesnetzagentur kann hierbei zu Fragen der Beeinträchtigung der wesentlichen Sicherheitsinteressen insbesondere auch das Bundesministerium des Innern und für Heimat beteiligen. Dem Bundesministerium des Innern und für Heimat können die zur entsprechenden Prüfung erforderlichen Unterlagen durch die Bundesnetzagentur zur Verfügung gestellt werden.

- (3) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erstellt die für die Prüfung nach Artikel 3a Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 zu Grunde zu legende Bewertung und übermittelt diese an die Bundesnetzagentur.
- (4) Die Zertifizierungsentscheidung der Bundesnetzagentur wird im Amtsblatt der Bundesnetzagentur gemeinsam mit der Stellungnahme der Europäischen Kommission unter Verwendung nicht personenbezogener Daten veröffentlicht.